

Änderungsantrag

des Abgeordneten Vogt (Kaiserslautern) und der Fraktion DIE GRÜNEN

**zur Beratung der Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses
(12. Ausschuß)**

— Drucksache 10/3074 —

zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

— Drucksache 10/151 —

**zur Erklärung der Bundesregierung zum Ergebnis der NATO-Konferenz
am 9./10. Juni 1983**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung – Drucksache 10/3074 – erhält folgende Fassung:

Die Sachverständigenanhörung, die der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages auf Antrag der Fraktion der SPD zwischen dem 28. November 1983 und dem 6. Februar 1984 über „Alternative Strategien“ durchgeführt hat, hat wichtige Anregungen für eine Änderung der zur Zeit gültigen Verteidigungsstrategien erbracht.

1. Insbesondere sind die Gefahren aufgezeigt worden, die mit dem atomaren Abschreckungskonzept der NATO „flexible response“ verbunden sind.
2. Die Bundesregierung wird ersucht, innerhalb der NATO auf den Verzicht des Ersteinsatzes von Atomwaffen hinzuwirken und einen solchen Verzicht gegebenenfalls auch ohne Zustimmung der NATO-Gremien zu erklären.
3. Es wird angeregt, im Bundeskanzleramt eine Arbeitsgruppe „Alternative Verteidigungsstrategien“ einzusetzen, die die Anregungen des Experten-Hearings auf unmittelbare politische Nutzbarkeit für eine andere Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland überprüft. Die im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen können Vorschläge für die Besetzung dieser Arbeitsgruppe unterbreiten; sie werden regelmäßig über den Fortgang der Beratungen der Arbeitsgruppe informiert.

Bonn, den 13. Juni 1985

Vogt (Kaiserslautern)

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

